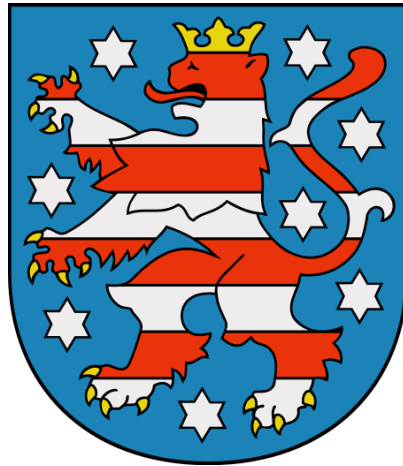


# **POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN**



## **Gemischte Gefühle: Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“**

### **Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2016**

**Prof. Dr. Heinrich Best** (wissenschaftliche Leitung)  
**Steffen Niehoff**  
**Dr. Axel Salheiser**  
**Lars Vogel**

Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Kompetenzzentrum Rechtsextremismus



# Zusammenfassung des THÜRINGEN-MONITORS 2016

Der THÜRINGEN-MONITOR wurde im Jahr 2000 unter dem Eindruck eines Brandanschlags auf die Erfurter Synagoge als ein Instrument zur Beobachtung der politischen Kultur in Thüringen mit einem Schwerpunkt in der Erfassung rechtsextremer und demokratiegefährdender Einstellungen begründet. Mit seinem jährlichen Befragungsmodus, der nur im Jahr 2009 einmal unterbrochen wurde, ist er zu einem in Deutschland einzigartigen Instrument zur Langzeitbeobachtung der Entwicklung des politischen Meinungsklimas und gesellschaftspolitischer Einstellungen in einem Bundesland geworden. Indem er politisch kontroverse Themen aufgreift, wurde er selbst zum Gegenstand politischer Kontroversen. Der Nutzen, den eine wissenschaftlich solide und über die Zeit gut konsolidierte Befundlage zur politischen Kultur des Landes für eine Versachlichung öffentlicher Debatten haben kann, wurde und wird aber über ein breites politisches Spektrum anerkannt.

Traditionell verbindet der THÜRINGEN-MONITOR ein jährlich bzw. im regelmäßigen zeitlichen Abstand wiederholtes Fragenprogramm, sein „Standbein“, mit einem wechselnden Schwerpunktthema. In diesem Jahr ist es die mit dem Zustrom von über einer Million Flüchtlingen und Asylsuchenden, durchmischt mit Arbeits- und Armutsmigrant\_innen, überwiegend aus islamischen Ländern, verbundene Herausforderung für Politik und Gesellschaft. Dies ist ein in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliger Vorgang und es ist das erste Mal in der Geschichte des THÜRINGEN-MONITORS, dass zwischen zwei Erhebungspunkten, im gegebenen Fall zwischen 2015 und 2016, eine so dramatische, die öffentliche Debatte so stark bestimmende Entwicklung stattgefunden hat. Was in diesem Jahr mit der politischen Kultur in unserem Land geschehen ist, ob es eine Radikalisierung und Polarisierung gegeben hat, ob eine akute Gefährdungslage für unsere Demokratie entstanden ist, wie die Menschen in Thüringen ihre neuen Mitbewohner\_innen wahrnehmen und welche Erwartungen sie hier an die politisch Verantwortlichen haben, wird im THÜRINGEN-MONITOR 2016 nachzulesen sein.

Der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Untersuchung liegt eine repräsentative telefonische Befragung von 1.001 Thüringer\_innen zugrunde, die zwischen dem 30. Mai und dem 25. Juni 2016 durchgeführt wurde.

## **Der Kontext: ostdeutsche Besonderheiten**

In ihren Stellungnahmen zu der Masseneinwanderung aus Kleinasien und Nordafrika zwischen dem Sommer 2015 und dem Frühjahr 2016, für die sich die (umstrittene) Bezeichnung „Flüchtlingskrise“ eingebürgert hat, stellte die Bundeskanzlerin die damit verbundenen Herausforderungen wiederholt in eine Reihe mit denen der Deutschen Einheit. Dieser Vergleich verbindet auch den letztjährigen THÜRINGEN-MONITOR, der dem Thema „Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit“ gewidmet war, mit dem diesjährigen, der unter dem Titel steht: „Gemischte Gefühle: Thüringen im Zeichen der ‚Flüchtlingskrise‘“. Die Verbindung der Ereignisse suggeriert die Fähigkeit zur zügigen Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen. Die THÜRINGEN-MONITORE konfrontieren uns jedoch nach wie vor mit dem Umstand, dass für viele Ostdeutsche das Projekt der

deutschen Einheit auch 25 Jahre nach der Vereinigung und nach einem materiell ungeheuer aufwändigen Prozess nationaler Integration noch keineswegs abgeschlossen und noch immer die Wahrnehmung einer Benachteiligung Ostdeutscher gegenüber Westdeutschen kollektiv und individuell verbreitet ist. Die Bilanz der Teilungsvergangenheit und der Verwerfungen des Vereinigungsprozesses ist also noch immer nicht glattgestellt, die resultierenden Empfindungen einer Abwertung der Ostdeutschen bilden – wie wir zeigen können – eine für Ostdeutschland spezifische Belastung für die Integration der Angehörigen der jüngsten Migrationswelle. Der Gang des deutschen Einheitsprozesses mit seinem zähen Überdauern sozialer Asymmetrien – etwa im Hinblick auf Einkommensdifferenziale zuungunsten Ostdeutschlands – und mentaler Verwerfungen – etwa im Hinblick auf Deprivationsgefühle Ostdeutscher – ist also eher eine Warnung vor falschen Hoffnungen auf eine schnelle Bereinigung der durch die „Flüchtlingskrise“ entstandenen Problemlagen. Auch beruhen die Hoffnungen auf eine umstandslose Integration der neuen Migranten nicht auf einer soliden normativen Grundlage, wie dies für den Prozess nationaler Integration galt, der von den auch nach vierzigjähriger Teilung immer noch intakten Solidaritätsnormen einer nationalen Gemeinschaft getragen wurde. Die universellen humanitären Normen, die der Aufnahme von Flüchtlingen zugrunde liegen, sind – wie unser Befund zeigt – viel ephemerer und eingeschränkter. Dies erklärt auch die wütenden Polemiken, die umstandslosen Stigmatisierungen und Gegenstigmatisierungen, die die Debatten um die „Flüchtlingskrise“ charakterisieren. Sie wird auch deshalb als eine „Krise“ wahrgenommen, weil eine gemeinsame normative Grundlage fehlt, auf der mit dieser Herausforderung umgegangen werden könnte. Von einer „Vereinigungskrise“ war dagegen trotz der massiven Problematik der ostdeutschen Massenarbeitslosigkeit seinerzeit nicht die Rede.

### **Der Kontext: günstige wirtschaftliche Entwicklung**

Der wirtschaftliche Kontext, in dem die Asyl- und Flüchtlingsdebatte geführt wird, ist dagegen günstig und sollte zu einer Dämpfung von Ängsten und Sorgen um die Integrationskapazität Thüringens beitragen. Die Bewertung der allgemeinen und individuellen wirtschaftlichen Lage hat sich in Thüringen auf hohem Niveau stabilisiert und wird auch im Vergleich mit „vielen westdeutschen Bundesländern“ positiv eingeschätzt. Bei allerdings sehr bescheidenen Wachstumsraten hält die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes an – hier mit der Einschränkung einiger Kreise im Süden und Osten Thüringens. Die insgesamt günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt wird auch durch die demographische Entwicklung gestützt: Die aus dem Arbeitsleben ausscheidenden Kohorten sind deutlich größer als die eintretenden. Jahr für Jahr gibt es in Thüringen einen hohen Sterbeüberschuss, der in der Vergangenheit gemeinsam mit einem über viele Jahre hinweg bestehenden negativen Wanderungssaldo zu einem erheblichen Bevölkerungsverlust geführt hat. Diese Entleerung des Landes wurde aber 2015 gestoppt, wofür ausschließlich eine erhebliche Zuwanderung aus dem Ausland und hier wiederum vor allem ein Zustrom aus den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge, Syrien und Afghanistan, verantwortlich ist. Der Wanderungssaldo gegenüber dem Ausland betrug 2015 in Thüringen etwa 30.000 Personen, von denen nicht alle Flüchtlinge sind. Im Jahr 2015 und bis zum August 2016

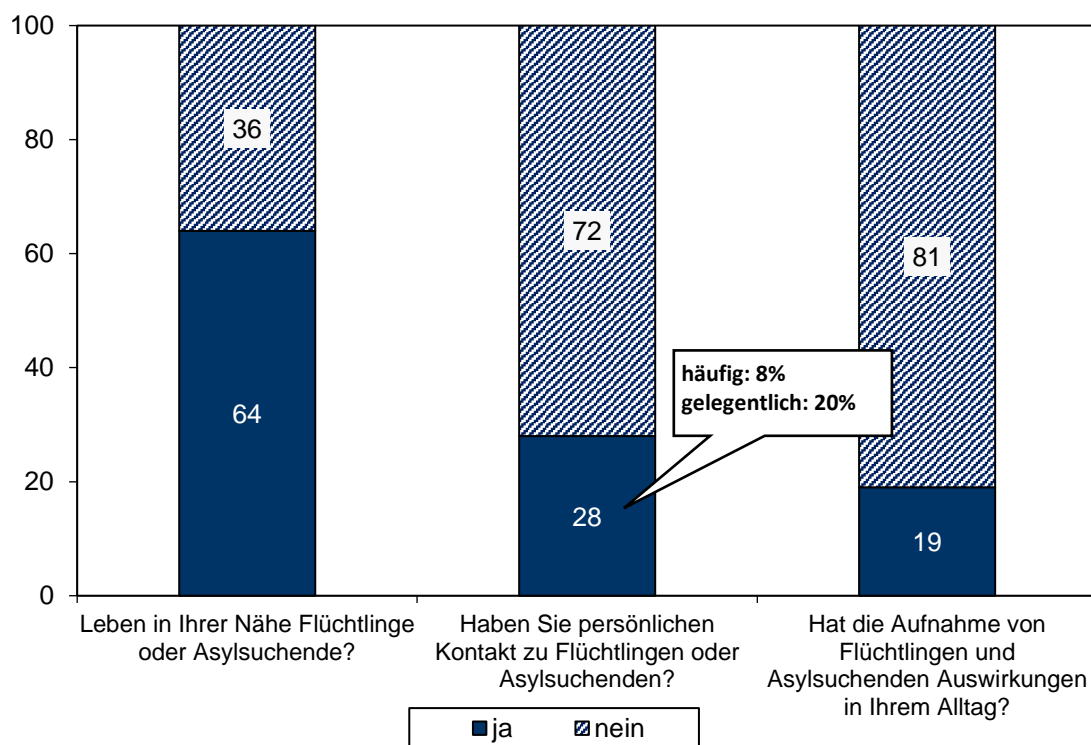
wurden in Thüringen ca. 26.000 Asylsuchende aufgenommen. Der Anteil der Ausländer\_innen in Thüringen dürfte durch diese Zuwanderung von 2,5 Prozent (Dez. 2014) auf über vier Prozent, der Anteil der Muslim\_innen auf deutlich über ein Prozent gestiegen sein<sup>1</sup>. Dies ist bei aller Anerkennung der erheblichen Belastung von Verwaltung, Infrastruktur und der freiwilligen Helfer\_innen weder ein krisenhafter Umbruch der Bevölkerungsstruktur noch ein identitätsgefährdender Bevölkerungsschub. Auch war bereits zum Zeitpunkt der Befragung die Zahl ins Land kommender Asylsuchender und Flüchtlinge deutlich zurückgegangen. Wenn also auch in Thüringen in diesem Zusammenhang noch immer ein Krisendiskurs geführt wird, dann ist dies nicht in der Situation im Freistaat begründet.

### Nach wie vor große Hilfsbereitschaft

Eine solche Sicht stützen auch die Befunde zur Präsenz von Flüchtlingen und Asylsuchenden im Alltag der Bevölkerung: Zwar geben 64 Prozent der Befragten an, dass Flüchtlinge und Asylsuchende in ihrer Nähe leben, doch nur 28 Prozent bestätigen, persönlichen Kontakt zu haben (acht Prozent „häufig“), und 19 Prozent, also ein Fünftel, berichtet von Auswirkungen auf den Alltag. Durch die „Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden in unserem Land“ fühlen sich 16 Prozent bedroht, und zehn Prozent haben schon eine persönliche Bedrohungserfahrung gemacht.

### Kontakt zu Flüchtlingen und Asylsuchenden

(in Prozent, Quelle: TM 2016)



<sup>1</sup> Im Thüringen-Monitor 2012 gingen wir von einem Anteil der Muslim\_innen von ca. 0,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung aus (vgl. TM 2012: 11). Es liegen keine aktuelleren Schätzungen vor; Religionszugehörigkeit wird von staatlichen Statistiken nur eingeschränkt erfasst.

Diese Befunde dürfen nicht bagatellisiert werden, aber ein krisenhafter Einbruch des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung lässt sich daraus nicht ableiten. Diese Einschätzung wird durch den Befund gestützt, dass 55 Prozent der Befragten von überwiegend „positiven Empfindungen“ berichten, wenn sie Flüchtlingen und Asylbewerbern begegnen (und nur 18 Prozent von überwiegend negativen). In ein geradezu stereotypisches Bild einer warmen „Willkommenskultur“ passt auch, dass 46 Prozent der Befragten ihre Bereitschaft äußern, sich für Flüchtlinge und Asylsuchende zu engagieren und weitere 16 Prozent angeben, dies schon getan zu haben – Werte, die auf dem Niveau des Vorjahres liegen, als diese Frage schon einmal gestellt worden war. Hier liegt es nahe, ein von sozialer Erwünschtheit geleitetes Antwortverhalten der Befragten zu vermuten. Dem steht jedoch entgegen, dass die gleichen Befragten, die hier als Repräsentanten einer „Willkommenskultur“ erscheinen, zu einem großen Teil bei anderen Fragen Ausschließung und Rückführung von Flüchtlingen und Asylsuchenden befürworten. Erkennbar ist jedoch ein Einfluss eigener lebensweltlicher Erfahrungen auf die Urteilsbildung. Dieser Zusammenhang wird besonders deutlich an den Antworten auf die Frage nach einer „gefährlichen Überfremdung“, die von mehr als der Hälfte der Befragten bejaht wird, wenn sie auf „die Bundesrepublik“ bezogen wird, von etwa einem Viertel mit einem Bezug auf Thüringen, aber nur von sieben Prozent mit Bezug auf die eigene Wohnumgebung. Der letztgenannte Wert blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert. Auch dieser Befund deutet auf eine eher geringe Sichtbarkeit und Ablehnung von in der unmittelbaren Lebenswelt anwesenden Flüchtlingen hin.

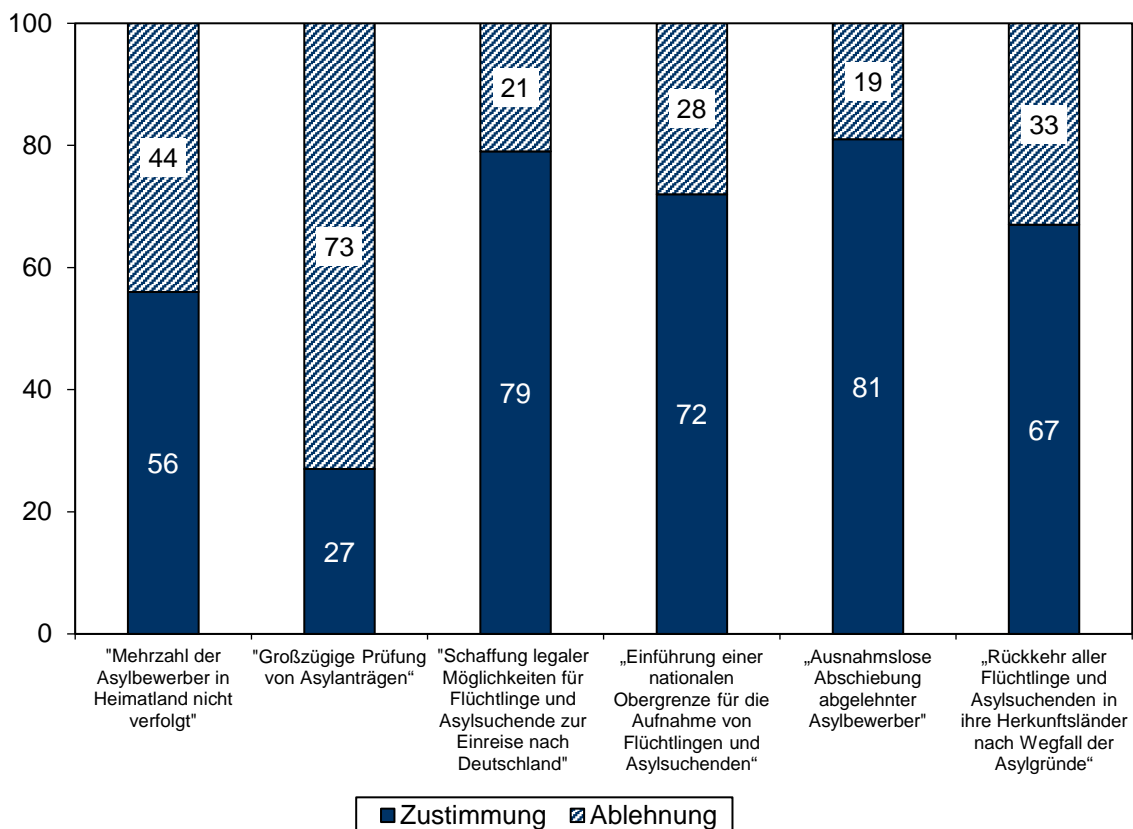
### **Aber: eher Befürchtungen**

Eine rational mit Bezug auf die eigene Lebenssituation abwägende Haltung gegenüber Flüchtlingen wird bei der Abwägung von Chancen und Sorgen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen erkennbar. Immerhin 87 Prozent der Befragten erkennen Chancen in der Aufnahme von Flüchtlingen, wobei mehr als die Hälfte der Befragten einen Ausgleich des Bevölkerungsrückgangs und eine Zuwanderung „benötigter“ Arbeitskräfte erwarten. Weniger als die Hälfte erwartet die Erhaltung der Infrastruktur auf dem Lande – was angesichts der auch in Thüringen bestehenden Neigung anerkannter und geduldeter Flüchtlinge, sich in Städten anzusiedeln, auch eine wenig realistische Erwartung ist. Diesen „Chancen“ stehen allerdings bei nahezu allen Befragten „Sorgen“ gegenüber, wobei rechte politische Radikalisierung, Anstieg der Kriminalität, Zunahme des Einflusses des Islams, die Kosten der Unterbringung und eine Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts mit deutlichen Mehrheiten genannt werden. Nur eine Minderheit (von allerdings 41 Prozent) benennt hier die Zunahme der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt als Sorge. Wenn die Befragten aufgefordert werden, ihre Hoffnungen und Befürchtungen „angesichts der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden“ abzuwägen, äußert eine weit überwiegende Mehrheit „eher Befürchtungen“ und nur ein Viertel „eher Hoffnungen“.

## Befristete Zufluchtgewährung, aber keine Einladung zur Immigration

Diese skeptisch-negative Haltung bildet die Grundlage, auf der die Befragten generell über die Flüchtlingspolitik urteilen und ihre eigenen Erwartungen und Forderungen äußern. Dabei wird von ihnen strenger als durch Politik und Medien zwischen der Gewährung von temporärer Zuflucht für Flüchtlinge und Asylsuchende einerseits und deren dauerndem Verbleib in Deutschland unterschieden. Anerkannt wird die universelle humanitäre Norm der Zufluchtgewährung: 79 Prozent (!) der Befragten stimmen der Aussage zu, dass „Flüchtlingen und Asylsuchenden legale Möglichkeiten zur Einreise nach Deutschland geschaffen werden“ sollten. Diese Norm soll aber eng ausgelegt und restriktiv angewendet werden: 81 Prozent stimmen der Aussage zu, dass „Asylsuchende, deren Antrag abgelehnt wurde“, ohne Ausnahme (!) abgeschoben werden sollten (59 Prozent stimmen hier „voll und ganz“ zu). 73 Prozent lehnen eine „großzügige Prüfung von Asylanträgen“ ab. Dies sind Mehrheiten, die an einen gesellschaftlichen Konsens grenzen. Eine breite Mehrheit von 68 Prozent der Befragten stimmt auch der Forderung zu, dass alle (!) Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollten, wenn die Flucht- und Asylgründe entfallen sind. 72 Prozent sprechen sich für eine Obergrenze aus (56 Prozent „voll und ganz“). Der Tenor der bislang vorgestellten Befunde kann alltagssprachlich so zusammengefasst werden: „Auch wenn wir eine Pflicht zur Zufluchtgewährung anerkennen und die Flüchtlinge bei uns nicht sonderlich stören, wollen wir sie nicht hier behalten“.

### *Aussagen zu Asylsuchenden und Flüchtlingen sowie zur Asylpolitik (in Prozent, Quelle: TM 2016)*



Der Grund für diese Ablehnung liegt darin, dass den Flüchtlingen und Asylsuchenden mehrheitlich nicht nur das Zutreffen ihrer Asylgründe, sondern auch die Eigenschaften abgesprochen werden, die sie als Immigrant\_innen und künftige Mitglieder der nationalen Gemeinschaft qualifizieren. So stimmen 56 Prozent der Aussage zu, dass „die meisten Asylbewerber ... nicht wirklich ... in ihrem Heimatland verfolgt“ werden. Vor allem wird von jeweils zwei Dritteln der Befragten den Flüchtlingen die Akzeptanz unserer gesellschaftlichen Normen und kulturellen Werte abgesprochen. Die Leitindikatoren sind hier Furcht vor einem Anstieg der Kriminalität und einer „Islamisierung“ „wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden“, die von jeweils 70 und 67 Prozent der Befragten geäußert werden. Jeweils deutliche Mehrheiten sehen eine „Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land“ (57 Prozent) und befürchten, dass sich die „Art und Weise, [wie] wir in Deutschland leben, zu stark verändert“. Eine Mehrheit von 58 Prozent der Befragten stimmt auch der Aussage zu, dass „die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar sind, wobei „Kultur“ hier von den meisten Befragten in einem Sinnzusammenhang mit „Islam“ gesehen werden dürfte.

### **Vorbehalte gegenüber dem Islam**

Es ist eine erhebliche Komplikation bei der An- und Aufnahme der Flüchtlinge, dass der gesamte Vorgang, angefangen bei den Fluchtursachen, über ihre soziokulturelle Prägung bis hin zur Einschleusung islamistischer Terroristen, in den Monaten der Massenflucht stark mit dem Islam konnotiert war, der wiederum mit deutlich negativen Urteilen und Stereotypen belegt ist. Eine kritische bis ressentimentgeleitete Haltung gegenüber dem Islam ist nahezu gesellschaftlicher Konsens in Thüringen. Zumindest einer der im THÜRINGEN-MONITOR enthaltenden islamkritischen oder -feindlichen Aussagen stimmen 86 Prozent der Befragten zu, allen vier 33 Prozent. Die Aussage „Der Islam gehört zu Deutschland“ wird von 80 Prozent der Befragten abgelehnt. Diese Ablehnung tritt mehrheitlich in allen von uns abgegrenzten soziodemographischen Kategorien auf, mit Ausnahme der in Ausbildung befindlichen Befragten, von denen 53 Prozent dieser Aussage zustimmen, während auf der anderen Seite ein signifikant höherer Anteil der *Thüringerinnen* sie ablehnt. Allein das Ausmaß der Islamkritik zeigt, dass wir es hier nicht mit einem Phänomen zu tun haben, das auf ein politisches Lager begrenzt ist. Es ist auch kein Oberflächenphänomen, denn das Niveau der Ablehnung lag schon vor der „Flüchtlingskrise“ und der jüngsten Serie islamistisch inspirierter Terroranschläge auf hohem Niveau. Für die Mehrheit der Befragten dürfte sich aber der Eindruck verfestigt haben, dass mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden Angehörige einer ‚problematischen‘ Religion in das Land kommen.

### **Gefährdung des „gesellschaftlichen Zusammenhalts“**

Eine Komplikation ist daher in Thüringen wie auch im übrigen Ostdeutschland (mit Ausnahme Berlins), dass es hier keine lange Tradition eines konfliktarmen Zusammenlebens mit Muslim\_innen gibt. Es gab und gibt im Osten wenige Gelegenheiten, durch eigene Kontakte mit Muslim\_innen ein differenziertes Bild islamischer Wirklichkeit zu gewinnen, während das Bild, das medial und in öffentlichen Debatten vermittelt wird, vielfach geeignet ist, Ressentiments zu bestätigen. Als weitere Komplikation kommt hier hinzu,



dass – wie wir im letztjährigen THÜRINGEN-MONITOR gezeigt haben – in Thüringen und in Ostdeutschland insgesamt ein am sozialen „Zusammenhalt“ orientiertes Gesellschaftsideal dominiert. Dies ist eine retrospektive Utopie, in der die DDR in der Rückschau als eine „Zusammenhaltsgesellschaft“ imaginiert wird. Ein solches Gesellschaftsideal setzt Egalität und Homogenität voraus. Beides wird durch den Zustrom von Flüchtlingen gestört: Zum einen ist dies weit überwiegend eine Armutseinwanderung von Menschen, deren einzige Besitztümer in ihrem Handy und dem bestehen, was sie auf dem Leibe tragen. Mit diesem Vorgang der Unterschichtung entsteht zwangsläufig eine neue Kategorie marginalisierter Armer, die in Konkurrenz zu den schon vorhandenen Armen tritt. Zum anderen wird das Homogenitätsideal durch eine Vielzahl markanter kultureller Besonderheiten der Flüchtlinge, insbesondere aber durch die Konfrontation der säkularisierten Mehrheitsbevölkerung mit einer ostentativen Religiosität verletzt.

Vor diesem Hintergrund ist Integration der „Plan B“, wenn die präferierte, aber praktisch nur schwer und auf lange Sicht durchsetzbare Beseitigung von Heterogenität und Inegalität durch Rückführung der Flüchtlinge nicht zum Zuge kommt. Nur in einem solchen Szenario wird verständlich, warum 96 Prozent der Befragten der Forderung zustimmen, dass „alle Flüchtlinge und Asylsuchenden [...] zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden“ sollen. Integration wird hier überwiegend als Bringschuld der Flüchtlinge betrachtet. Wir haben offen danach gefragt, was die Befragten unter Integration verstehen, und in der resultierenden Wordcloud tauchen prominent Worte wie „müssen“ und „Anpassung“ auf. Assoziationen, die auf die „Leistung der zu Integrierenden“ verweisen, bilden mit Abstand die größte inhaltliche Kategorie. Es ist bemerkenswert, dass die Mehrheit der Befragten, die eine Pflicht zu proaktiven Integrationsleistungen der Flüchtlinge sehen, zugleich „die meisten“ von ihnen „aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland [für] integrierbar“ hält. Unter dieser Prämisse wird auch verständlich, warum – trotz dominanter Islamkritik – Mehrheiten der Befragten eine Öffnung gegenüber anderen Kulturen für notwendig halten und von der Fluchtbewegung nach Deutschland eine Vergrößerung kultureller Vielfalt erwarten. „Integration“ heißt dann Etablierung einer soziokulturell segregierten Parallelgesellschaft auf Zeit, deren Angehörige den Gesetzen des Aufnahmelandes unterworfen sind und ihren Lebensunterhalt nach einem für funktionale Kommunikation erforderlichen Spracherwerb selbst verdienen. Zufluchtsgewährung wird also nicht mit Einladung zur Immigration gleichgesetzt. Die Frage, ob und wie solche Erwartungen mit denen der Flüchtlinge und Asylsuchenden kompatibel sind und ob von deren Seite mehrheitlich eine Vollintegration mit dem gesamten kulturellen und staatsbürgerlichen Programm des „Deutschseins“ angestrebt wird, wird gegenwärtig in einem Parallelprojekt des Kompetenzzentrums Rechtsextremismus im Rahmen einer Befragung von Flüchtlingen in Thüringen untersucht.

### **Erschütterung der staatlichen Autorität**

Die neben Homogenität und Egalität dritte Eigenschaft des Mehrheitsideals einer „guten“ gesellschaftlichen Ordnung bildet die (staatliche) Autorität. Dies wird auch im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR bestätigt: 67 Prozent stimmen zu, dass wir „in diesen Zeiten unbedingt eine starke Hand“ brauchen und stellen „Sicherheit“ über „Freiheit“. 63 Pro-

zent befürworten ein „hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“. Solche Erwartungen wurden in der Hochphase der Fluchtbewegung nach Deutschland insbesondere in den Monaten eines chaotischen Zustroms über die Balkanroute im Spätsommer und Herbst 2015 aber nicht erfüllt. Diese Entwicklungen standen vielmehr unter dem Vorzeichen eines „Kontrollverlusts“ und – wie manche Kritiker meinen – „Staatsversagens“. Daraus speisten sich eine fundamentale Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und Zweifel an ihrer Fähigkeit und sogar Bereitschaft, die Kontrolle über die Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden wieder zurückzugewinnen. Zwar war zum Zeitpunkt der Befragung die Balkanroute ohne Zutun Deutschlands geschlossen worden und durch das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei die Aussicht auf eine deutliche Verringerung der Fluchtbewegungen über das östliche Mittelmeer eröffnet. Doch bestimmt das Flüchtlingsthema nach wie vor in zum Teil scharfer Kontroverse und mit polemischer Zuspitzung die öffentliche politische Debatte und die private politische Kommunikation. Es bleibt ein beherrschendes Thema bei Wahlkämpfen und hat zu einer Neugruppierung des deutschen Parteiensystems beigetragen, mit großen Wahlerfolgen für eine Partei, die eine scharf restriktive Haltung gegenüber Flüchtlingen und massiven Widerstand gegen eine angebliche „Islamisierung“ vertritt. Ein Verfall der politischen Streitkultur und die Serie von Angriffen und Gewalthandlungen auf und von Flüchtlinge(n) setzen sich fort.

### **Klagen über Einschränkungen der Meinungsfreiheit und Abschottung der politisch Handelnden ...**

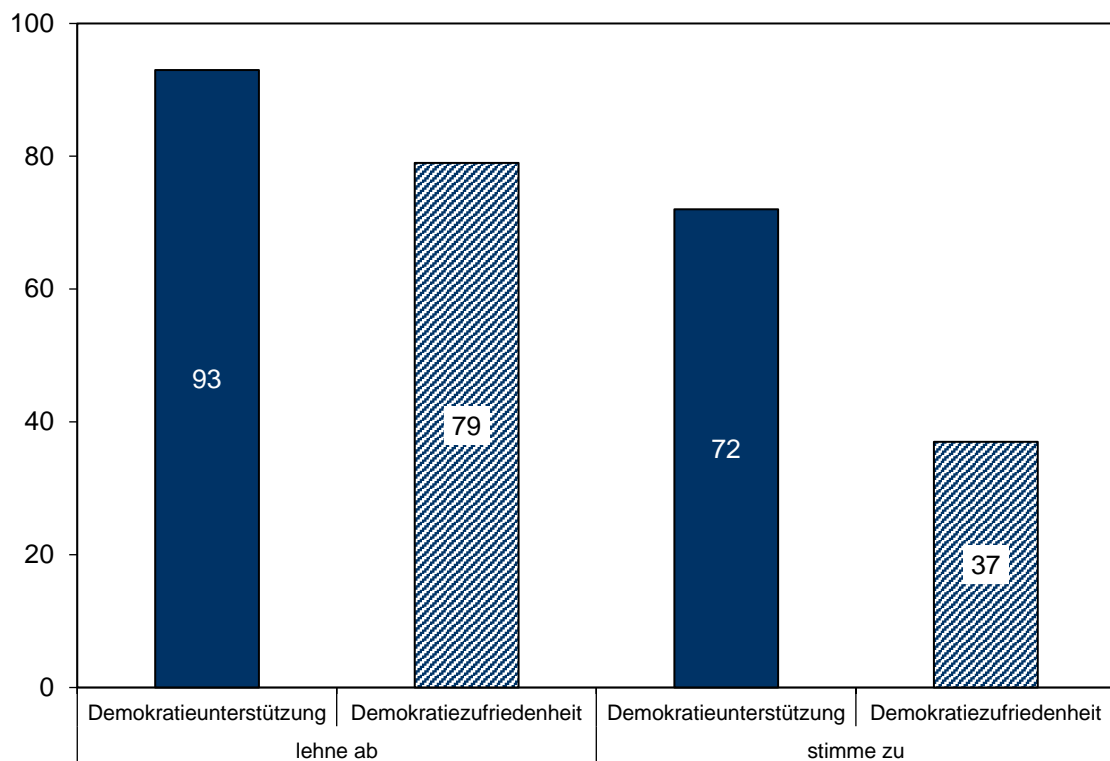
Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR stand deshalb die Frage im Zentrum, ob und wie sich diese in der neueren Geschichte der Bundesrepublik einmalige Entwicklung auf die politische Kultur des Landes auswirkt, insbesondere, ob sich Zeichen einer politischen Radikalisierung, eines Verfalls der Legitimität der demokratischen Ordnung und ihrer allgemeinen Gefährdung durch einen tiefgreifenden Einstellungswandel in der Bevölkerung erkennen lassen. Tatsächlich sind Hinweise darauf erkennbar, dass die Diskrepanz zwischen der mehrheitlich von der Bevölkerung gewünschten und der tatsächlich praktizierten Flüchtlingspolitik – etwa im Fall der „Obergrenze“ – zu einer Entfremdung zwischen Elektorat und politischen Eliten beigetragen hat: So stimmen 71 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass „in unserer Demokratie die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ werden, und nahezu die Hälfte beklagt, dass man heutzutage „seine Meinung nicht mehr frei äußern“ könne, da man „sonst Nachteile zu befürchten“ habe – ein beunruhigender Befund in einer freiheitlichen Demokratie, in der die Meinungsfreiheit ein zentrales Grundrecht ist. Den „Medien in Deutschland“ wird von 72 Prozent der Befragten unterstellt, dass sie „einseitig berichten und von der Politik gelenkt werden“, womit auch die Pressefreiheit und eine neutrale Berichterstattung infrage gestellt werden. Hier offenbart sich eine generalisierte, aber wohl immer noch immanente Systemkritik und eine Kritik der politisch Handelnden, die in der Tat zentrale Aspekte der demokratischen Ordnung berührt und in ihrer Art wie in ihrem Umfang beunruhigen muss. Sie verbindet sich mit einer konkreten Kritik an der Flüchtlingspolitik und deren unterstellten soziokulturellen Folgen („Islamisierung“) zu einem Amalgam, das inzwischen seinen Ausdruck im Parteiensystem findet. Die Befunde der früheren THÜRINGEN-

MONITORE und anderer Studien zeigen aber auch, dass die Anlässe der Demokratie- und Elitenkritik schon früher vorhanden waren und markante demoskopische Spuren hinterlassen haben. Das Neue ist jedoch, und hier schließt der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR an eine breite Befundlage in Deutschland an, dass sie sich mit einem brisanten politischen Thema verbinden, für das sich nun eine Partei als Sprachrohr gefunden hat.

**... aber keine Radikalisierung und kein Einbruch des Institutionenvertrauens**

Diese Entwicklung führt jedoch nicht zu einer weiteren politischen Radikalisierung oder Polarisierung der politischen Kultur in Thüringen. Dies zeigen die langen Reihen des THÜRINGEN-MONITORS zur Demokratiezufriedenheit und zur Demokratieunterstützung, die sich auf dem Niveau der langjährigen Mittelwerte bewegen, wobei die „Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert“, gegenüber dem Vorjahr sogar leicht zugenommen hat. Auch andere Indikatoren des THÜRINGEN-MONITORS zeigen in 2016 keine auffällig negative Entwicklung.

**„In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.“: Einfluss auf Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit (in Prozent, Quelle: TM 2016)**



"In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten."

Sowohl die Unterstützung einer „nationalen Diktatur“ wie auch die Gewaltbereitschaft sind im laufenden Jahr zurückgegangen. Stabilität beobachten wir auch mit Blick auf das Institutionenvertrauen, das gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben ist. Dies gilt selbst für das Vertrauen in die Bundesregierung, obwohl diese für ihre Flüchtlingspolitik weit überwiegend Kritik erhält. Einen Spitzenplatz in der Reihung der hier langfristig beo-

bachteten Institutionen nimmt unverändert die Polizei ein. Sie gilt bei der großen Mehrheit der Befragten als eine ausreichende Garantie der öffentlichen Sicherheit. Die Forderung nach der Aufstellung von Bürgerwehren wird von zwei Dritteln der Befragten abgelehnt.

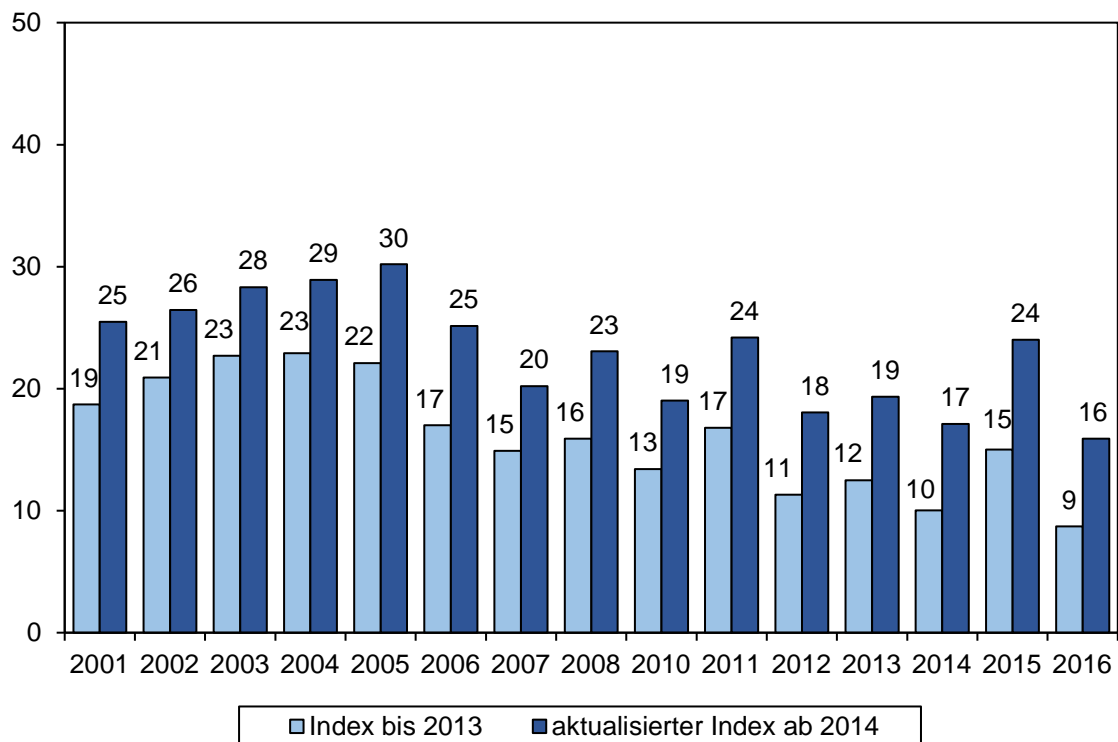
Es wurde im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR auch nach dem Vertrauen in Nachrichtenquellen gefragt. Hier steht dem generellen Misstrauen in die Medien ein erstaunlich hohes Vertrauen in die traditionellen elektronischen und Printmedien gegenüber. Nur fünf Prozent der Befragten misstrauen allen traditionellen Medien, während 63 Prozent ihnen „voll und ganz“ oder „weitgehend“ vertrauen. Besonders können sich über die Befunde die Vertreter der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender und der regionalen Presse freuen. Soziale Medien wie Facebook haben (noch) wenig Akzeptanz als Nachrichtenquellen.

### **Rückgang des Rechtsextremismus**

Der überraschendste Befund des THÜRINGEN-MONITORS 2016 ist aber der Rückgang des Rechtsextremismus in Thüringen. Nach dem erheblichen Zuwachs im vergangenen Jahr sind die Werte wieder auf das niedrigere Niveau der beiden Vorjahre zurückgekehrt und schließen an den langfristigen, seit Mitte des letzten Jahrzehnts beobachteten Abwärtstrend an. Die Wertereihe hat im 15-jährigen Beobachtungszeitraum 2016 ihren bisherigen Tiefpunkt erreicht. Wir haben den langfristigen Rückgang rechtsextremer Einstellungen in Thüringen mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und insbesondere mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit im Lande erklärt. Der Rückgang gegenüber der Erhebung im Jahr 2015 überrascht aber doch angesichts einer Vielzahl öffentlicher Aktionen und Äußerungen sowie einer Zunahme von Gewalthandlungen, die dem Rechtsextremismus zugerechnet werden. Auf der anderen Seite wurde diese paradoxe Konstellation auch von weiteren neueren Studien berichtet. Eine Erklärung wurde von deren Autoren bislang nicht gegeben.

Auf der Grundlage der Begleitforschung zum THÜRINGEN-MONITOR können wir feststellen, dass von den seinerzeit mit Verfahren der Skalen- und Item-Analyse identifizierten Dimensionen Neo-Nationalsozialismus und Ethnozentrismus, deren Verbindung das sozialwissenschaftliche Messkonstrukt des „Rechtsextremismus“ ausmacht, nur der Neo-Nationalsozialismus einen signifikanten Rückgang um ein Drittel seines Ausgangswertes im Jahr 2015 zu verzeichnen hat. Im Hinblick auf den Ethnozentrismus ist die beobachtete Schwankung statistisch nicht signifikant. Tatsächlich sehen wir insbesondere bei den Facetten des Rechtsextremismus „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ und „Sozialdarwinismus“ deutliche Rückgänge der Befürwortung, während Leitfragen des Ethnozentrismus wie die Forderung nach energischer Durchsetzung nationaler Interessen gegenüber dem Ausland (63 Prozent Befürwortung) und die Diagnose, dass die Bundesrepublik „in gefährlichem Maße durch Ausländer überfremdet“ sei (52 Prozent) nahezu punktgleich hohe Zustimmungswerte wie 2015 erhalten.

**Anteil rechtsextrem Eingestellter 2001–2016<sup>2</sup>**  
(in Prozent, Quelle: TM 2001-2016)



An dieser Stelle ist mit allem Nachdruck daran zu erinnern, dass die Zustimmung zu einer oder selbst zu einigen Fragen, die zu dem Rechtsextremismus-Index zusammengeführt wurden, **nicht** ausreicht, eine Person als „rechtsextrem“ zu klassifizieren. Dies würde zu absurden Ergebnissen führen. Wir zeigen z.B. im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR, dass 82 Prozent der Befragten mindestens einer der Rechtsextremismus-Aussagen zustimmen. Die Güte der Messung des Rechtsextremismus wird nach unserer Einschätzung durch die Sensibilität bestätigt, mit der der Index auf den Rückgang der Zustimmung zu neo-nationalsozialistischen Aussagen reagiert. Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus sind zwar positiv miteinander verknüpft, aber nur zwölf Prozent der von uns identifizierten ethnozentrischen Befragten sind 2016 auch neo-nationalsozialistisch eingestellt. Die Tatsache, dass es sich bei Neo-Nationalsozialismus und Ethnozentrismus um unterschiedliche Phänomene handelt, zeigt sich auch daran, dass sie unterschiedliche Ursachen und Folgen haben. Im Hinblick auf die Ursachen zeigt sich, dass Neo-Nationalsozialismus, nicht aber Ethnozentrismus durch eine objektiv ungünstige soziale Situation der Befragten gefördert wird. Im Hinblick auf die Folgen soll hier nur auf den Umstand hingewiesen werden, dass politische Gewaltbereitschaft – neben u.a. der Selbstzuschreibung links- und rechtsextremer Positionen – zwar durch neo-nationalsozialistische, nicht

<sup>2</sup> Die Revision des von 2001 bis 2013 verwendeten Summenindex rechtsextremer Einstellungen erfolgte aufgrund der Befunde der *Expertise zur Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im Thüringen-Monitor 2000 bis 2014* (Best / Salomo 2014). Der Summenindex nahm eine Gleichgewichtung der zehn Rechtsextremismus-Fragen vor und konnte nur für Befragte errechnet werden, die auf alle zehn Fragen eine gültige Antwort gaben. Der seit 2014 verwendete Mittelwertindex gewichtet die Fragen, die der Dimension des Ethnozentrismus zugeordnet werden, stärker und lässt maximal zwei Antwortverweigerungen zu, was in einem höheren Anteilswert der als rechtsextrem klassifizierten Befragten resultiert.

aber durch ethnozentrische Einstellungen gefördert wird. Dies ist ein für die Gewaltprävention wichtiger Befund. Der Rückgang der Unterstützung neo-nationalsozialistischer Positionen koindiziert zwar 2015/2016 mit einem Rückgang der politischen Gewaltbereitschaft in der Thüringer Bevölkerung, er manifestiert sich aber (noch?) nicht in einem Rückgang von Gewaltakten.

Eine Tendenz zur Entradikalisierung lässt sich auch im Hinblick auf die politische Selbstpositionierung der Befragten erkennen, die sich in den letzten beiden Jahren seltener auf den Randpositionen platzieren. Dies geht mit einer ausgeprägten Tendenz der Befragten einher, sich spontan – das heißt entgegen dem vorgegebenen Fragenraster – der politischen „Mitte“ zuzuordnen (42 Prozent). Wir interpretieren diesen Befund als Ausdruck einer Neustrukturierung des politischen Koordinatensystems, in dem Fragen der Reichweite und des Bestandes ethnokultureller Solidaritätsnormen und Identitäten nicht mehr auf den Flügelpositionen des Links-Rechts-Koordinatensystems unterzubringen sind. Trifft diese Deutung zu, hätte die Flüchtlingsdebatte in der Tat eine markante Spur in der politischen Kultur und nicht nur im Parteiensystem des Landes hinterlassen.

Die Anzeichen einer politischen Mobilisierung für einen Protest gegen die Asylpolitik, „Islamisierung“ und „Asylbewerberheime“ sind allerdings relativ schwach. Eine Teilnahme an Demonstrationen gegen die Asylpolitik und „Islamisierung“ geben rund ein Prozent der Befragten an, die Teilnahme an Protesten gegen Asylbewerberheime liegt unter der Messbarkeitsschwelle. Die Teilnahmebereitschaft ist allerdings mit jeweils 19, 23 und acht Prozent deutlich höher. Demgegenüber geben 38 Prozent der Befragten an, sich an einer Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit beteiligen zu wollen oder sich schon einmal beteiligt zu haben (fünf Prozent). „Demgegenüber“ ist hier jedoch ein missleitender Anschluss, denn 45 Prozent der Befragten, die bereit sind, gegen „Islamisierung“ zu demonstrieren, geben an, sich auch an einer Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit zu beteiligen.

### **„Gutmensch“ und „Dunkeldeutsche(r)“: meistens in einer Person**

Dieser Befund zeigt, wie viele andere, wie problematisch die Etiketten und Zuschreibungen sind, mit denen wir die politische Landschaft und ihre Bewohner belegen: Zustimmung zur Zufluchtsgewährung für Verfolgte, Hilfsbereitschaft und eine freundliche Haltung gegenüber den Flüchtlingen in der eigenen Lebenswelt, aber Forderungen nach einer Obergrenze und nach einer rigorosen Abschiebung nach der Ablehnung von Asylanträgen und dem Wegfall von Fluchtgründen, ein geringes Ausmaß der Gefühle allgemeiner und persönlicher Bedrohung, aber verbreitete Furcht vor einem Anstieg der Kriminalität und einer „Islamisierung“, Verpflichtung zu Integrationskursen, aber Skepsis gegenüber der Integrierbarkeit von Flüchtlingen und Asylsuchenden, Misstrauen vor staatlicher Manipulation und schiefer Berichterstattung „der“ Medien, aber Vertrauen in die im Alltag genutzten Medien, scharfe Kritik an einer Abschirmung des politischen Betriebs vor den Anliegen der Bevölkerung, aber stabiles Vertrauen in die politischen Institutionen – für alle diese Positionen gab es Mehrheiten – z.T. überwältigende – im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR. Viele waren Gegenstand scharfer politischer Kontroversen, und doch fin-

den sich regelmäßig gegensätzliche Positionen in den Antwortmustern der gleichen Personen wieder. Dies ist Ausdruck eines verbreiteten „wilden“ Denkens, das sich der Ordnung des öffentlichen Diskurses mit seinen Stereotypen und Gegenstereotypen widersetzt. Es folgt einer eigenen Logik, die wiederum auf die Widersprüche und Komplexität der gesellschaftlichen Realität und ihrer Ansprüche reagiert. Im Fall der „Flüchtlingskrise“ ist es nach unserem Eindruck die Kollision universeller humanitärer Normen mit auf die Eigengruppe bezogenen Solidaritätsnormen, die an Nation und Staatsvolk ihre Grenze finden. Die Mehrzahl der Thüringer Befragten hat nach unseren Befunden das daraus resultierende Dilemma durch Befristung der Schutzgewährung für Flüchtlinge auf die Dauer der Schutzbedürftigkeit und durch rigorosen Ausschluss derer, die nicht schutzbedürftig sind, „gelöst“.

Prof. Dr. Heinrich Best  
Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Kompetenzzentrum Rechtsextremismus  
[heinrich.best@uni-jena.de](mailto:heinrich.best@uni-jena.de)